

SPIONAGE

Hilft nur noch Notwehr gegen die NSA?

Bürger B. ist enttäuscht: Die Regierung unternimmt nichts gegen die NSA. Er will sich selbst helfen, notfalls mit Gewalt. Dürfte er das? Unter gewissen Umständen schon.

EIN GASTBEITRAG VON LARS BERSTER

21. Januar 2014 13:16 Uhr

116 Kommentare |

ARTIKEL Auf mehreren Seiten lesen

QUELLE ZEIT ONLINE

SCHLAGWORTE Hacker | Notwehr | Rechtslage |

Whistleblower | Zivilcourage

NEU AUF ZEIT ONLINE

1. "ISLAMISCHER STAAT": US-Teenager in Frankfurt auf dem Weg nach Syrien gestoppt
2. "ISLAMISCHER STAAT": IS soll Giftgas in Kobani eingesetzt haben
3. "ISLAMISCHER STAAT": "Schon der Versuch einer Ausreise muss bestraft werden"
4. KLIMASCHUTZ: Energiewende auf europäisch
5. CROWDFUNDING: Die Crowd, die nicht misstraut

NEU IM RESSORT

1. "ISLAMISCHER STAAT": "Schon der Versuch einer Ausreise muss bestraft werden"
2. RÜSTUNGSEXPORTE: Wer rüstet, muss sich erklären
3. "ISLAMISCHER STAAT": IS soll Giftgas in Kobani eingesetzt haben
4. VERHANDLUNGEN IN BRÜSSEL: Gasstreit geht in eine neue Runde
5. "ISLAMISCHER STAAT": Iran sichert dem Irak Unterstützung im Kampf gegen den IS zu



Ein Demonstrant während einer Kundgebung gegen die NSA-Spionage in Frankfurt am Main | © Kai Pfaffenbach/Reuters

Man nehme an: Eine befreundete fremde Macht betreibt auf deutschem Boden Abhöreinrichtungen, um massenhaft und gesetzeswidrig privaten Datenverkehr zu speichern und auszuwerten. Hacker, Whistleblower und investigative Journalisten decken das Treiben auf. Wohlformulierte Besorgnis in Journalen, Aufschrei in Talkrunden, Gezeter im Internet. Die Politik übt sich in Verbalkritik.

Bürger B. weiß aus den Enthüllungen, dass das illegale Treiben von einem in seiner Nachbarschaft gelegenen Botschaftsgebäude aus geschieht und bittet seinen Staat, die umgehende Beendigung der Spitzeleien zu erwirken. Die Bundesrepublik weigert sich unter Verweis auf drohende sicherheits- und wirtschaftspolitische Schäden und beschwichtigt mit dem Hinweis auf laufende Verhandlungen über ein künftiges "No-Spy"-Abkommen. Die Massenbespitzelung läuft weiter.

ANZEIGE



ANZEIGE



25 JAHRE MAUERFALL



MAUERFALL-FOLGEN

Das geteilte Land

Im Eiltempo wurden die Spuren der Teilung nach 1989 getilgt. Doch in Statistiken lebt der Osten weiter. Ob Waffen oder Wäschetrockner – die Grenze ist bis heute sichtbar.

ANZEIGE



ANZEIGE



Da der Abhörposten bewacht wird, weiß B. sich nun nicht mehr anders zu helfen, als von seinem Wohnungsfenster aus mit seinem Jagdgewehr den Starkstromverteiler der Botschaft unter Beschuss zu nehmen und zu zerstören. Der Anschlag gelingt. Hat B. etwas Unrechtes getan? Hat er sich gar strafbar gemacht? Die juristisch nüchterne Antwort lautet: Nein. Zur Begründung dieses für viele überraschenden Ergebnisses muss Licht auf ein fundamentales Institut des Rechts geworfen werden: die Notwehr.

Notwehrrecht gestattet Tötung eines Diebes

Geregelt ist sie in Paragraf 32 des Strafgesetzbuchs und in Paragraf 227 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Diese Vorschriften erklären jede Verteidigungshandlung für rechtmäßig, "die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden." Damit ist ausgesprochen, dass das Recht dem Unrecht nicht weichen muss und rechtswidrige Eingriffe in die eigene Freiheitssphäre oder die Freiheit anderer Personen notfalls gewaltsam zurückgewiesen werden dürfen.

LARS BERSTER

Lars Berster ist Akademischer Rat am Institut für Strafrecht und Strafprozessrecht der Universität zu Köln. Sein Forschungsschwerpunkt ist das deutsche und internationale Strafrecht.

Darüber hinaus gestattet die Regelung dem Notwehrübenden, bei der Wahl seiner Verteidigungsmittel nicht zimperlich zu sein. Sie verpflichtet lediglich dazu, das relativ mildeste Mittel anzuwenden, sofern der Verteidiger über mehrere geeignete Verteidigungsmittel verfügt.

Verhältnismäßig aber braucht die Notwehrhandlung nicht zu sein, und so gestattet das Notwehrrecht beispielsweise sogar die Tötung eines Diebes, wenn sich dessen Angriff auf fremdes Eigentum nicht anders abwenden lässt und die Beute nicht völlig geringwertig ist – ein Ergebnis, das unter Jura-Erstsemestern immer wieder für Erstaunen sorgt.

Auf unseren Fall gewendet erscheint damit die Rechtslage klar: Das fortlaufende Abhören begründet einen gegenwärtigen vieltausendfachen Angriff auf das informationelle Selbstbestimmungsrecht einer Vielzahl von Geschädigten, und Bürger B. setzt, nachdem ihm die mildere Option obrigkeitlicher Hilfe versagt



ZEIT ONLINE
TÄGLICHER NEWSLETTER
Erhalten Sie zweimal täglich die wichtigsten Themen von ZEIT ONLINE, am Wochenende einmal täglich.

Jetzt anmelden

Tweets von @zeitonline_pol

ARTIKEL ZUM THEMA DEUTSCHLAND IM RÜCKBLICK

[Oktober](#) | [September](#) | [August](#) | [Juli](#) | [Juni](#)

wurde, von den ihm noch verbliebenen Mitteln das mildestmögliche ein. Seine Tat wäre demnach gerechtfertigt.

Doch ist das kein Anlass zur Freude. Wer das Notwehrrecht als probate Waffe der Zivilcourage oder Breschenfüller bei staatlicher Unentschlossenheit heranziehen zu können glaubt, hat seine Dimension noch nicht begriffen. Es ist beileibe kein beruhigendes Szenario, wenn Eiferer der Freiheit zur Verteidigung von Rechtsgütern zu den Waffen greifen.

Zum einen nämlich geht es nicht nur um Stromverteiler. Vielmehr wäre die Tat des B. wohl auch dann noch gerechtfertigt gewesen, wenn seine Verteidigungshandlung die mehr oder weniger gravierende Verletzung von Mitgliedern des Abhörpersonals erfordert hätte. Zum anderen ist die Bundesrepublik aus guten Gründen völkerrechtlich verpflichtet, ausländische Botschaften gegen Angriffe aller Art zu schützen. Dies schließt selbst nach deutschem Recht gerechtfertigte Angriffe mit ein, und so zöge die ungehemmte Nutzung des Notwehrrechts wohl unweigerlich Kampfszenen im Botschaftsviertel nach sich.

Zurück zum Naturzustand: "einsam, armselig, scheußlich"

Dies führt zu der naheliegenden Frage, ob die Bundesrepublik denn anstelle der Schließung des Spitzelpostens auch das Notwehrrecht ihrer Bürger einschränken könnte. Wiederum ist die Antwort überraschend: Sie könnte wohl, dürfte jedoch nicht, da sie hierfür die Grenzen legitimer Staatsgewalt überschreiten müsste.

Die in der historischen Epoche der Aufklärung geborene und bis heute mächtigste Theorie zur Rechtfertigung der Staatsgewalt ist die Idee vom Gesellschaftsvertrag. Der Primärzweck des Staates liegt danach in der Absicherung der Freiheit eines jeden durch Überwindung des "Natur"- oder "Kriegszustands", also jenes Zustands des Jeder-gegen-jeden, in welchem die Menschen in ständiger Furcht voreinander zu einem Leben verdammt sind, das laut Thomas Hobbes "einsam, armselig, scheußlich, tierisch und kurz" wäre.

Staat sehenden Auges handlungsunwillig

Wo jedoch der Staat diesen Zweck nicht erfüllen kann oder will, endet auch die Legitimität seines Gewaltmonopols, und die Notwehr tritt auf den Plan. Sie ist die letzte Bastion, wenn der Staat abwesend oder handlungsunfähig ist. Wer nicht gerade zufällig einen Schupo zur Seite hat, darf sich daher gegen einen Straßenräuber selbst zur Wehr setzen. Im kleinen Maßstab ist eine solche private Selbstdurchsetzung des Rechts nicht nur unerlässlich, sondern geradezu ein Ehrenzeichen für den Staat, da eine allgegenwärtige Staatsgewalt wohl nur in einem totalitären Polizeistaat denkbar wäre.

Ein großes Problem ist hingegen, wenn sich der Staat angesichts eines massenhaften rechtswidrigen Angriffs auf Rechtsgüter seiner Bürger sehenden Auges handlungsunwillig zeigt. Hier manifestiert sich ein Staatsversagen, das nicht nur das Vertrauen in den Staat als Garanten der Rechtsordnung erschüttert, sondern die Staatsgewalt selbst in Frage stellt und damit das Potential birgt, die Schleusen zum Hobbes'schen Kriegszustand zu öffnen.

Darum, liebe Bundesrepublik, erfülle deinen Zweck und hilf! Denn wenn du uns nicht hilfst, dann könnten Bürger vom Schlage des B. auf die Idee kommen, uns zu helfen – und dann helfe uns Gott.

[ZUR STARTSEITE](#) □

[MEHR ZUM THEMA](#)

[zum Ressort Deutschland](#)

SNOWDEN-ENTHÜLLUNGEN

Alles Wichtige zum NSA-Skandal

Welche Daten sammelt die NSA, was ist Prism und wie reagieren die Überwachten? Aktuelle



Entwicklungen und ein Überblick über die Snowden-Enthüllungen seit Juni 2013 VON PATRICK BEUTH



NSA-ÜBERWACHUNG

Das No-Spy-Abkommen war reine Kosmetik

Das No-Spy-Abkommen mit den USA gilt als gescheitert. Besser so, es war von Anfang an ein schlechter Witz, ein Theaterstück der Bundesregierung, um Wähler zu beruhigen. VON KAI BIERMANN

NSA-SPÄHAFFÄRE

Die US-Botschaft als Horchposten

Falsche Wände und versteckte Antennen: Von der US-Botschaft aus überwacht die NSA angeblich das Berliner Regierungsviertel. Ein spezielles Team sei dafür im Einsatz.

ÜBERSICHT ZU DIESEM ARTIKEL

SEITE 1 Hilft nur noch Notwehr gegen die NSA?

SEITE 2 Unweigerlich Kampfszenen im Botschaftsviertel

ANZEIGE

reifenexperte

21. Januar 2014 13:29 Uhr

1. Würde

die befreundete fremde Macht mit einem Drohnenangriff antworten oder gleich zu Kernwaffen greifen?

31 LESEREMPFEHLUNGEN

t-claudius

21. Januar 2014 13:30 Uhr

2. Offener Brief

Ich denke, dieser Artikel sollte als offener Brief an Frau Merkel gerichtet werden.

69 LESEREMPFEHLUNGEN

Monaco Franze

21. Januar 2014 13:31 Uhr

3. Notwehr...

Viel Spaß, man kann einem schon wegen Nutzung einer Gaspistole im Gefahrenfall einen Strick drehen. (Sie hätten auch weglaufen können usw.) Jagdgewehr auf einen Verteilerkasten? Nette Idee - aber nur eine abstrakte Theorie! (Anbei, ist die Waffe gemeldet?!?) Das SEK wird wahrscheinlich nicht nachfragen und im Zweifelsfall einfach das Feuer auf den Schützen eröffnen. Beispiele dazu gibt es genug, und die Opfer waren teilweise nur mit Küchenmessern bewaffnet...

24 LESEREMPFEHLUNGEN

pakZ

21. Januar 2014 13:32 Uhr

4. Bravo!

Ein bemerkenswerter Artikel - ich war offen überrascht, solche Inhalte hier zu lesen!

63 LESEREMPFEHLUNGEN

Jimmy III.

21. Januar 2014 13:35 Uhr

5. Ist das ein Aufruf

zum bewaffneten Aufstand?

8 LESEREMPFEHLUNGEN

Brad_Kartoffel

21. Januar 2014 13:37 Uhr

6. Bei der ZEIT hat man die Zeichen der ZEIT erkannt!

Vielen Dank für diesen sachlichen Artikel, der einmal mehr mustergültig die Verantwortung der Medien - derer man sich bei der ZEIT immer häufiger erinnert - aufzeigt:

Nämlich den Bürger über Vorgänge, Hintergrundwissen, Rechte und Pflichten aufzuklären.

Ich sage das nicht aus "populistischen" Gründen, sondern weil guter Journalismus auch belohnt werden muß:

ZEIT-Abo wird bestellt!

(Und gegen das einer süddeutschen Mainstream-"Zeitung" ersetzt, was ohnehin überfällig war).

35 LESEREMPFEHLUNGEN

stillstand2012

21. Januar 2014 13:38 Uhr

7. Nein...

Nein. Lesen Sie den letzten Absatz. Es wird eindeutig die Bundesrepublik aufgerufen sich zu bewegen.

8 LESEREMPFEHLUNGEN

Lupo1977

21. Januar 2014 13:41 Uhr

8. Interessant, aber...

... auch wenn die Handlungen der NSA ein Problem sind: Die NSA ist nicht die Wurzel

des Übels. Auch die USA sind es nicht.

Denn wie man jetzt an der Obama-Rede gesehen hat, ist dieser ganze "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" Gedanke tief in der amerikanischen Regierung verankert - und wenn man sich die Reaktionen unserer Regierung anschaut, dann ist die Einstellung hier die Gleiche. Und ich fürchte dass es eigentlich bei den meisten Staaten so sein wird.

Durch die Digitalisierung eröffnen sich seit 20-30 Jahren in rasender Geschwindigkeit Möglichkeiten, die vorher undenkbar waren. Egal ob Facebook oder nicht: Geld, Straßenverkehr, Telefon, unsere Lebensmittel im Supermarkt - alles wird durch die Datenwelt gesteuert. Wer nicht nackt alleine im Wald lebt und Würmer isst, entkommt dem nicht.

Selbst meine (Sehr internetferne) Oma ist in mehr Datenbanken erfasst als sie sich vorstellen kann. Würde sie aus all diesen Datenbanken gelöscht, gäbe es für sie keine Rente mehr, Wasser und Strom würde abgestellt, die Wohnung würde neu vermietet, Busfahrkarte gäb's auch keine mehr und medizinische Versorgung auch nicht. Das ist die digitalisierte Welt um die es geht, wer da nicht dran teilnimmt ist in der Regel verstorben.

Das sollte man verstehen, wenn man sich Gedanken darüber macht wie man als Gesellschaft damit nun umgehen will.

Und wenn eines die Probleme nicht löst, Herr Obama, dann eine neue Behörde die die anderen Behörden kontrollieren soll.

16 LESEREMPFEHLUNGEN

[ZU DEN NEUESTEN KOMMENTAREN](#)

KOMMENTARSEITE 1 / 15

Bitte melden Sie sich an, um zu kommentieren

[Anmelden](#) | [Registrieren](#)